

# Rieser Tagesblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

## Amtsblatt

Für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 154.

Dienstag, 8. Juli 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postkassier vierteljährlich 4.50 Mark, monatlich 1.50 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags anzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (7 Zeilen) 40 Pf., Ortspreis 35 Pf.; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf., feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Betrieb der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Panger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: F. Teichgräber, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dietrich, Riesa.

### Bekanntmachung.

Für einen Fährkahn auf dem Riesaer Kanal geeignete Pflanzstoffe gesucht. Meldungen sind mündlich oder schriftlich (unter Angabe des geforderten Preisgeldes) zu richten an das

Amtsamt Riesa.

### Schuhwaren-Verkauf in Gröba.

Der von der Gemeinde Gröba begonnene, vom Konsumverein Riesa fortgesetzte Schuhwaren-Verkauf in der Schule zu Gröba ist einsehlich. Die Schuhe werden durch die Groß-Einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine an die ihr angeschlossenen Konsumvereine verteilt und können in deren Verkaufsstellen bezogen werden. Gröba (Elbe), am 8. Juli 1919.

Der Gemeindevorstand.

### Nationalversammlung.

Präsident Freydenbach eröffnete die gestrige Sitzung um 2 Uhr 25 Min.

**Vorträge der Verfassungsberatung.**  
Art. 69. Dieser bestimmt: Die Gesetzesvorlage werde von der Reichsregierung oder aus der Mitte des Reichstages eingebracht. Ein Antrag der Unabhängigen wünscht den Zusatz: Der Reichswirtschaftsrat beteiligt sich an der Gesetzgebung nach den Bestimmungen der Verfassung. Im übrigen wird reichsgesetzlich die Teilnahme der Arbeiter an der Gesetzgebung geregelt. Reichskommissar Dr. Bruns mündet sich gegen den Antrag. Man könne bei der Beratung des Art. 182 auf die Anregung der Unabhängigen zurückkommen. Die Abstimmung über den Antrag ergibt 110 Stimmen gegen und 89 für den Antrag. Das Haus ist also nicht beschlußfähig. Der Präsident beantragt um 1/3 Uhr eine neue Sitzung für 3 Uhr an.

Präsident Freydenbach eröffnete die zweite Sitzung um 3 Uhr 5 Min. Der Antrag der Unabhängigen wird abgelehnt. Bei Art. 73 und 74 liegen verschiedene Änderungsanträge vor, über die sich eine lange Debatte entspinnt. Reichskommissar Dr. Bruns: Die Anträge dienen dazu, die Verfassung vollkommen unübersichtlich zu machen. Was dem Volke hier an Rechten mehr gegeben wird, steht in gar keinem Verhältnis zu dem Schaden, der der Gesetzgebung angefügt wird. Die Art. 73 und 74 werden unter Ablehnung aller Anträge unverändert angenommen. — Art. 75 wird unter Ablehnung von Änderungsanträgen in der Fassung des Entwurfes angenommen, ebenso Art. 76. — Art. 78 bis 87 werden ohne Erörterung nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen. Bei Art. 88, dessen Absatz 2 bestimmt: Verordnungen jeder Art erläßt die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichstages, die Reichsregierung kann die Befugnis mit Zustimmung des Reichstages auf den Reichspräsidenten übertragen. — Abs. 2 des Art. 88 wird unter Streichung von Satz 2 angenommen. Die Bestimmungen über die Reichseisenbahnen werden ohne Erörterung angenommen. Art. 97 gibt dem Reich das Recht auf Übernahme der schiffbaren Wasserstraßen. Ein gemeinsamer Antrag des Zentrums, der Demokraten und der deutschen Volkspartei will die Nutzung der Wasserstraßen und die Regelung des Gemeinbaues der Wasserstraßen den Ländern überlassen. Art. 97 wird unverändert angenommen. — Der übrige Teil des 6. Abschnittes wird ebenfalls unverändert angenommen. Hinzugefügt wird auf Antrag sämtlicher Parteien außer den Unabhängigen ein Art. 100a, wonach das Reich alle Erzeizehen übernimmt. Danach verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr. Steuerergänze.

Der Staatsaudschuß hat der Ratifikation des Friedensvertrages zugestimmt.

### Sitzung der Sächsischen Volkstammer.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung stand fürs erste die allgemeine Vorberatung der Denkschrift über den Kauf des Steinfortwerks Berg. In der Verhandlung dazu nannte Finanzminister Nischke den Kauf dieses Werks einen günstigen, weil die Regierung dadurch in der Lage sei, einen größeren Einfluß auf die Beschlässe des Steinfortwerks auszuüben und ferner damit eine Erhebung der Förderung der staatlichen Steinfortwerke von 10 Prozent auf etwa 10 Prozent erreicht würde. Während Abg. Krause-Lugau (Soz.) für seine Partei die Vorlage begrüßte, bezieht sich die Fraktion der Demokraten, wie Abg. Günther-Planen für diese ausführte, ihre Entscheidung vor und beantragte die Überweisung an den Finanzaudschuß. Nachdem die Deutschnationalen nach Darlegungen des Abg. Dr. Eckardt die Vorlage freundlich aufgenommen hätten, wurde diese auf einstimmigen Kammerbeschluß dem Finanzaudschuß übergeben, und das Haus beschäftigte sich mit der Vorlage, den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das staatliche Kohlenbergbauwesen vom 14. Juni 1918 betreffend, wonach die §§ 21 bis 26 dieses Gesetzes und damit die Rechte auf Förderabgabe und auf Vorkaufsbeschlüsse aufgehoben werden. An eine kurze Begründung des Finanzministers Nischke schloß sich eine längere Debatte, in der der Redner der beiden Antiparteien sich für die Vorlage aussprachen und die sofortige Schlussberatung über dieselbe wünschten, während die übrigen Parteien gegen den Entwurf Bedenken hegten, weil damit auf der Kohlenpreise in Bezug komme, und die Überweisung an den Finanzaudschuß beantragten. Die Kammer stimmt dem zu und überweist weiter die Denkschrift des Vereins der Förder- und Förderkandidaten des Sächsischen Staatsfortwerks und eine Eingabe desselben Vereins, welche Vorschläge zur Umgestaltung des Gesetzes in den sächsischen Staatsfortwerken enthält und über die wir schon berichteten, dem Reich als Material, soweit beides

nicht durch die Regierungserklärung erledigt anzusehen ist. Weiter wurde auf Antrag des Finanzaudschußes II zur Petition dieses Ausschusses um Erbauung einer Eisenbahn Dorna-Bad Nauß-Großhain beschlossen, die Regierung zu ersuchen, unverzüglich erneute Verhandlungen über die Beschaffung der Vorkaufsbefugnisse im Sinne einer Regierungserklärung einzuleiten, um mit dem Bau sobald als möglich beginnen zu können. Die von den Gemeinden Nieder-Oberwitz und Spitzkunnersdorf um Errichtung einer öffentlichen Güterabfertigungsstelle eingebrachten Petition wurde die Regierung zur Eröffnung der Verhandlungen über die Errichtung und den Betrieb, um Erbauung einer Eisenbahn von Schmiedeberg durch das Vöbental nach Hermsdorf, befreit.

Aus dem Gesetzausschuss der Sächsischen Volkstammer. Die Vertreter des V. S. J. erklärten, wurde in der gestrigen Sitzung des Gesetzausschusses in Gegenwart von Regierungsvertretern die zweite Lesung des Uebertragungsbeschlusses für das Volksschulwesen fortgesetzt. Die Beratungen kamen jedoch zu keinem Abschluß, da über die Frage der Beseitigung des Religionsunterrichtes keine Übereinstimmung erzielt werden konnte.

### Die Streiklage.

**Teilstreit der Bergarbeiter im Zwickauer und Lugauer-Dolauer Bezirk.** Die Einigungsverhandlungen zwischen der Organisation der Arbeiter des Bergbaues im Zwickauer und Lugauer-Dolauer Bezirk und der Bergarbeitervereine sind am Sonntag zum Abschluß gekommen. Ein Teil der Bergarbeiter, ausserhalb von den Spartakisten, scheint jedoch mit den Vereinbarungen nicht zufrieden zu sein und ist gestern früh nicht an der Arbeit erschienen. Im Zwickauer Bezirk ist auf den Wilhelmshütten I und II ein Teil des Arbeitstreffens der Bergarbeiter nicht eingetreten. Im Lugauer-Dolauer Bezirk wird streikfrei auf Vertrauensbasis, Gottesfrieden, Kaiserin Augusta, Gotteshilfe, Kaisergrube und Kaiserstadt. Dort streiken sämtliche Gruben- und Tagelöhner, mit Ausnahme einzelner Kesselfeuerer und Pochschlichter. Dagegen ist auf den Gruben Deutschland, Vereinigung, Gedwigschacht und Helmenhütten die Bergarbeitervereine voll eingetreten.

**Der Eisenbahnerstreik in Hannover und Hamburg.** Der zusammenbrechende Eisenbahnerstreik wird im Hannoverischen aufrecht zu erhalten versucht. Mehrere schwere Sabotageakte gegen die im Verkehr befindlichen Fernzüge werden gemeldet. Die hannoversche Studentenschaft ist bei der Durchführung des Eisenbahnerstreiks beihilflich. — Die Streiklage in Hamburg Eisenbahnbetrieb ist durch die Arbeitsniederlegung der Betriebswerkstätte Harburg a. d. E. noch verschärft worden.

**Die Sozialdemokratische Partei gegen den Verfehrstreik.** In einem Flugblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands gegen den Verfehrstreik heißt es: Diese Streiks sind nur ein Schlag der Streikenden gegen sich selbst. Wenn der Staat höhere Löhne zahlen muß, geht das auf Kosten des Volkes selbst, das immer höhere Preise und immer mehr Steuern zahlen muß. Verlangen die Streikenden höhere Löhne, so müssen wir alle tief in unsere Tasche greifen. Die Streiks richten sich nur gegen unsere Arbeiter selbst. Es sind unsere streikenden Genossen, die sich auf Kosten der Arbeiterklasse bereichern wollen. Schon hat der Verfehrstreik eine größere Knappheit an Lebensmitteln und Answerten der Preise gebracht. In den Weinen, in dem Roggen und im Getreide spürt also das arbeitende Berlin den Eigennutz der Streikenden.

### Tagesgeschichte.

**Deutsches Reich.**  
Mündliche Verhandlungen in Versailles. In Versailles fanden gestern die ersten mündlichen Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten statt. Gegenstand der Verhandlungen bildete der Rheinvertrag, der von Deutschland gleichzeitig mit dem Friedensvertrag ratifiziert werden soll.  
Entente-Antwortnote zur Ratifizierung des Friedensvertrages. Ministerpräsident Clemenceau überreichte vorgestern abend dem Präsidenten der deutschen Friedensdelegation in Frankreich, Frhr. v. Kerner die Antwort der Alliierten und assoziierten Regierungen auf die Note betr. die Ratifizierung des Friedensvertrages. In der Antwort wird gesagt, die Ratifizierung müßte sich auf sämtliche Akte, die ein Wagnis bilden, beziehen, also auf den Friedensvertrag selbst, das Protokoll und die Vereinbarung betr. die Regelung der Rheinlande. Diese Dokumente bildeten die Friedensbedingungen und seien eines von dem anderen untrennbar.

Auf die unbesetzten Fleischmärkte werden in den bisherigen Verkaufsstellen Gruppen geliefert und zwar auf jede Fleischmarke 1 28 Gramm. Die Abholung der Gruppen hat bis Donnerstag dieser Woche zu erfolgen. Gröba (Elbe), am 7. Juli 1919.

Der Gemeindevorstand.

### Ausgabe der Zusatzkarten für Inlandsmehl.

Mittwoch, den 9. Juli 1919, vormittags 9—12 Uhr werden im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 6 die Zusatzkarten für Inlandsmehl ausgegeben.

Gröba (Elbe), am 7. Juli 1919.

Der Gemeindevorstand.

Am 11. Juli 1919, vorm. 10 Uhr werden die Gulaschböden und die hölzernen Krippenverleihen u. s. w. der Steinhütte II und IV in mehreren Losen auf Abbruch meistbietend versteigert. Bedingungen werden vorher bekannt gegeben.

Garnisonverwaltung Tr. VI. Zeitzain.

Aus diesen Gründen könnten die drei Akte nur als ein einziges Notifikationsdokument angesehen werden.

Abbau der Zwangswirtschaft. Ministerpräsident Bauer wird am Donnerstag in der Nationalversammlung eine programmatische Rede halten und darin u. a. ausführen, daß die Zwangswirtschaft nunmehr zielbewußt abgebaut wird; die Tätigkeit der Kriegsgesellschaften soll systematisch eingeschränkt werden. Die Vorkräfte werden sofort der Industrie zur Verarbeitung zugeführt und die verfügbaren Tuche sollen dem Handel übergeben werden mit einer Einschränkung, die die Rücknahme auf die minderbemittelten Bevölkerungskreise erfordert.

Die Detuschung der deutschen Kriegsgefangenen. Der Rheinisch-Westfälische Zeitung wird aus Duisburg berichtet: In einer Sitzung der Kriegsgefangenen Delegation wurde mitgeteilt, daß nach langen Verhandlungen mit der Entente bestimmt worden sei, daß Duisburg von etwa 100 000 Kriegsgefangenen berührt werde. Die Entente verlange aber, daß die Gefangenen von den französischen Gefangenen mit deutschem Eisenbahnmateriale und deutschem Personal abgeholt werden, dagegen heißt sie die militärische Bewachung bis Duisburg. Hier findet die Uebergabe an die deutsche Kommission statt. Wenn es von der Entente gestattet wird, fahren die Pfleger und Begleiter der Transporten bis Erfeld entgegen, um die Gefangenen darauf aufmerksam zu machen, daß sie nicht eher aussteigen dürfen, bis sie in den Durchgangslagern entlassen sind und ihre Gebühre, die ihnen adernfalls verloren gehen, erhalten haben.

Der Ausschleusung des Grenzschutzes aus Oberschlesien. Mit dem Ausschleusung des Grenzschutzes aus Oberschlesien ist bereits begonnen worden. Es handelt sich dabei zuerst nur um Truppen, die entbehrlich geworden sind und in rückwärtigen Verbindungen stehen. Das Militär der Demarkationslinie bleibt jedoch vorläufig noch in voller Stärke. Die die „Deutsche Morgenpost“ erzählt, beabsichtigt die Militärbehörde, das gesamte Inventar der Kasernen zu verkaufen. — Der „Dahlemer Stadt“ vom 5. Juli bringt die Meldung, daß die Entente-Kommission für Oberschlesien Paris verlassen hat. Sie soll mit tausend Personen abreisen.

Scapa-Flow. Der Berliner Volksanzeiger meldet aus Kiel: Nach einer sehr hier eingetroffenen durch aus zuverlässigen Meldung haben die Engländer in Scapa-Flow mehrere deutsche Marineangehörige, darunter Kommandant von Hartgraf, als sie verließen wollten, sich in einem Boot zu retten, an Bord dieses Bootes erschossen, obwohl sie völlig wehrlos waren. Das Torpedoboot V 88, das bei den deutschen Schiffen in Scapa-Flow als Vorkünder überbringer weilte, und dem von den Engländern freies Geleit zugesichert war, ist von den Engländern zurückgehalten worden. Die Besatzung wurde nach Deutschland zurückgeschickt. Wie der Kapitän berichtet, sind die „Waben“, sowie die „Lenden“ nicht gesunken. Die deutschen Besatzungen konnten bis auf einen Offizier und einige Leute gerettet werden.

Schlechter Ausgang einer Demonstration gegen die Haller-Truppen. Am Sonntag um 12 Uhr war eine Demonstration der Deutschen vor dem Stadttheater in Kattowitz geplant, um gegen die eventuelle Besetzung Oberschlesiens durch die Haller-Truppen zu protestieren. Gleichzeitig hatten auch die Polen eine Demonstration einberufen, bei der polnische Redner sprachen und polnische Fahnen entfalteten wurden. Als die Deutschen eine deutsche Fahne aufstollten, stürzten die Polen auf die nicht zahlreicheren Deutschen zu. Es kam zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf nach dem Bericht von Augenzeugen die deutsche Fahne zerrissen wurde. Es wurde Militär requiriert, welches sofort einschritt. Dabei kam es zu Schießereien. Die polnischen Hauptredner wurden verhaftet. Ob Verwundungen zu beklagen sind, ist noch nicht festzustellen. Nach einer Stunde war die Ruhe wieder hergestellt, worauf das Militär zurückgezogen wurde.

Fransösische Nachpolitik in der Vals. Auf der Ludwigshafener Seite der Rheinbrücke haben die Franzosen einen neuen Gehler-Tur errichtet. Jeder Passant hat dort die französische Fahne zu grüßen.

Verstärkter Belagerungszustand über Thorn. Ueber Thorn wurde der verstärkte Belagerungszustand verhängt. Der Gouverneur der Stellung erhielt an alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften einen Befehl über die Nahrungsbewahrung.

Zum Prozeß gegen den vormaligen Kaiser. „Telegraph“ meldet aus Paris, daß der Teil von Lord Georges Keble, der auf den Prozeß gegen den vormaligen Kaiser Bezug hat, in geringem Maße französischen Kreisen Bekanntheit erregt hat, da dort die Meinung vorherrscht, daß dem Friedensvertrage zufolge die Klage gegen den Kaiser ausschließlich moralische und politische Bedeutung hat. In amerikanischen Kreisen haben Lord Georges Keblersungen noch größeres Interesse erregt. Telegramme aus Washington melden, daß man in den Vereinigten Staaten nichts von dem Abkommen, von dem